

# Mittelfränkisches Bezirkstagsprogramm 2003

## Bezirkstag von Mittelfranken

Alle fünf Jahre, wenn die Bürgerinnen und Bürger zur Landtagswahl gehen, wählen sie auch die Mitglieder der Bezirkstage. 28 ehrenamtliche MandatsträgerInnen zählt im Moment der mittelfränkische Bezirkstag, von denen die CSU dreizehn, die SPD elf, Bündnis 90/Die Grünen zwei (Birgit Raab und Paul Brunner), die Bayernpartei und die Republikaner je einen stellen. Analog zur Verkleinerung des Landtags wird der zukünftige Bezirkstag nur noch aus 25 Mitgliedern bestehen. Wie schon in der Vergangenheit arbeiten die beiden großen Parteien CSU und SPD zusammen. Sie teilen sich auch die Posten des Bezirkstagspräsidenten und des Vizepräsidenten. CSU und SPD entwickeln, beraten und beschließen gemeinsam den Bezirkshaushalt. Wir GRÜNE nehmen im Bezirkstag die Aufgabe einer kritischen, konstruktiven und engagierten politischen Kraft wahr. Dazu gehört die Kontrolle der Arbeit des Bezirkstagspräsidenten und der Einrichtungen, die dem Bezirk unterstellt sind. Dazu gehört es auch, Öffentlichkeit über die Bezirkstagsarbeit herzustellen.

Die bayerischen Bezirke sind in der Öffentlichkeit häufig unbekannt und werden auch oft mit den Bezirksregierungen verwechselt. Dabei übernehmen die Bezirke im Bereich der Sozial- und Jugendpolitik, Psychiatrie sowie im Bereich von Natur- und Umweltschutz und Kultur wichtige Aufgaben.

Aufgrund diverser Skandale standen die CSU-dominierten Bezirke in den vergangenen Jahren stark in öffentlicher Kritik. Bündnis 90/Die Grünen haben wie keine andere politische Kraft die Debatte um eine tiefgreifende Reform der Bezirke voran getrieben. Nur eine solche Reform bietet die Gewähr dafür, dass die Bezirke die an sie gestellten Herausforderungen meistern können. Grundlage einer solchen Reform muss eine **fundierte Aufgabenkritik aller überörtlichen Behörden** in Bayern sein. Vor allem mangelnde Transparenz und Kontrolle, Demokratiedefizite und Reibungsverluste durch verschiedene Ebenen müssen behoben werden.

Bestandteil einer Bezirksreform ist die Abschaffung von Doppelstrukturen und parallel arbeitenden Verwaltungen, aber auch die Prüfung der Übernahme von zusätzlichen „harten“ Aufgaben wie ÖPNV, Müllbeseitigung oder regionale Wirtschaftsentwicklung. Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb:

- Eine Zusammenlegung von Bezirken und regionalen Planungsverbänden.
- Eine Zusammenfassung der Verwaltungen von Bezirken und Bezirksregierungen, an deren Spitze dann eine Präsidentin/ein Präsident steht. Staatliche Aufgaben, die bisher bei den Bezirksregierungen liegen, sollen kommunalisiert, d.h. in den eigenen oder übertragenen Wirkungsbereich der Bezirke und Landkreise eingegliedert werden.
- Eine Direktwahl der Bezirkstagspräsidentin / des Bezirkstagspräsidenten, der zukünftig hauptamtlich arbeiten soll.

## Finanzen

Der Bezirk Mittelfranken wendet im Jahr 2003 bei seinem kameralem Haushaltsvolumen von rund 505 Mio. EUR alleine für den Bereich der sozialen Sicherung 422 Mio. EUR auf. Die zwei weiteren Hauptausgabeposten sind mit 45 Mio. EUR die Schulen, die sich insbesondere der Förderung von behinderten und benachteiligten Jugendlichen widmen und die psychiatrischen Fachkrankenhäuser mit etwa 10 Mio. EUR.

Dem Bezirk ist es in den letzten Jahren nur durch Schuldenaufnahme gelungen, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Grüne warnen davor, die zukünftig größer werdenden finanziellen Probleme mit dem Aufnehmen neuer Kredite lösen zu wollen. Die mittelfristige Finanzplanung prognostiziert für das Jahr 2006 einen Schuldenstand von etwa 100 Millionen Euro für den Bezirk Mittelfranken. Im Moment beträgt er 72 Millionen Euro.

Die Auswirkungen einer sich wandelnden Gesellschaft, die berechtigten Ansprüche von Menschen mit Behinderung auf Ausbildung, Heim- und Werkstattplätze haben zu einem Anstieg der Sozialausgaben geführt. Auch die hinlänglich bekannten Anforderungen von älter werdenden Menschen schlagen sich in der Haushaltsbilanz des Bezirks nieder. Eine Gesellschaft, die sich den Grundsätzen des Humanismus verpflichtet fühlt, muss sich darüber im Klaren sein, dass Ausbildung, Betreuung und Pflege ihren Preis haben. Die Aufgaben der Bezirke zum sozialen Ausgleich und in der Förderung benachteiligter Personen sind jedoch so umfassend und in ihrer Bedeutung weiter zunehmend, dass der Finanzbedarf der Bezirksebene bei unveränderter Aufgabenstellung dauerhaft hoch bleiben wird.

Bündnis 90/Die Grünen wehren sich gegen leichtfertige Sparmaßnahmen zu Lasten kranker, behinderter und hilfsbedürftiger Menschen. Wir GRÜNE fordern daher von bundes- und landespolitischer Ebene eine verlässliche und berechenbare Finanzausstattung.

Die Reform der Bezirke muss einher gehen mit einer Reform der Kommunalfinanzen, damit die Finanzierung der Aufgaben sicher gestellt ist. Die Bayerische Staatsregierung fordern wir auf, den Bezirken im Finanzausgleichsgesetz (FAG) endlich die Mittel bereit zu stellen, die sie zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben benötigen.

Die Bezirke müssen durch eine sparsame und vor allem transparente Haushaltspolitik den Landkreisen und kreisfreien Städten stärker die sinnvolle Verwendung der Bezirksumlage nachweisen.

Die mehrfache Kostensteigerung beim Neubau des Bezirksrathauses war ein Beispiel, wie es nicht laufen darf. Bauverwaltung und Architekten sind hier nur mangelhaft ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen. Leider konnten wir Grüne trotz einer detaillierten dringlichen Anfrage dieses Dickicht auch nur unzureichend aufhellen.

## Mehr Schutz für Pflegebedürftige – Politik für pflegebedürftige Menschen

Bündnis 90/Die Grünen werden das ihnen mögliche tun, um dem allgemeinen Abbau sozialer Leistungen entgegenzuwirken. Der Bezirk ist nach den Vorschriften der Sozialgesetzgebung für die überörtliche Sozialhilfe zuständig. Dazu gehören die Nachsorge- und Übergangseinrichtungen der Psychiatrie, viele Heime und Beratungsstellen. Zum Beispiel übernimmt der Bezirk Mittelfranken die Kosten für die Pflege von Mitmenschen, die eine notwendig gewordene Heimunterbringung nicht selbst finanzieren können.

Wir fordern einen kostendeckenden Pflegesatz und die Gewährleistung einer qualitativ guten Versorgung, die sich an den Bedürfnissen der zu betreuenden Menschen orientiert. Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Ausstattung mit qualifizierten MitarbeiterInnen und deren angemessene Bezahlung.

Der Anteil der hochbetagten Menschen steigt immer mehr an. Auch gibt es immer mehr Menschen mit Behinderungen aufgrund der verbesserten Geburtenmedizin, der größeren Überlebenschancen von Unfallopfern und des sich beschleunigenden medizinischen Fortschritts. Gleichzeitig steigt auch die Lebenserwartung behinderter Menschen. Folglich steigt der Bedarf an Betreuungsleistungen.

Gestiegen sind auch die Ansprüche an die Qualität der Pflegeleistungen. Die aufgetretenen Pflegeskandale bestätigen weiterhin unsere Forderung, dass die Bezirke einerseits die Schutzfunktion für die HeimbewohnerInnen wahrzunehmen haben und andererseits einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern garantieren müssen.

In der Hand der Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger liegt es, für die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebotes leistungsfähiger Einrichtungen zu sorgen und leistungsgerechte Entgelte zu vereinbaren. Dies bedingt eine konsequente Kontrolle über tatsächlich entstandene Kosten ebenso wie eine effektive Qualitätskontrolle.

Anstelle von wohnortfernen Spezialeinrichtungen brauchen wir die Förderung integrativer Lebens- und Wohnmodelle für behinderte und nichtbehinderte, für alte und junge, für kranke und gesunde Menschen.

Für uns ist eine Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der pflegebedürftigen Menschen ein zentrales Anliegen. Alternative Betreuungsformen nach dem Grundsatz ambulant vor stationär sollen alle Möglichkeiten für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung ausschöpfen.

## Grüne Psychiatriepolitik

Nach wie vor herrscht über seelische Krankheitsverläufe erschreckende Unwissenheit. Psychiatrieerfahrene und Angehörige psychisch Kranker bilden nicht mehr nur Selbsthilfegruppen, sondern sie sind unverzichtbare Interessenvertretungen geworden, auch in politischen Gremien. Sie müssen gefördert und in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Eine Stärkung ambulanter Hilfen wie der Sozial-

psychiatrischen Dienste ist dazu notwendig. Der Rückzug der Krankenkassen aus der Mitfinanzierung dieser ambulanten Dienste führt zu einer Kürzung des Beratungsangebotes. Der Bezirk ist in seiner momentanen finanziellen Lage nicht im Stande, den Fehlbetrag von derzeit 350 000 EUR auszugleichen. Folge davon wird sein, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen sich wieder häufiger und für längere Zeit in stationäre Einrichtungen begeben müssen bzw. notwendige Hilfen sehr viel später greifen. Dieser sogenannte „Drehtüreffekt“ wird mit Sicherheit letztlich teurer werden als das funktionierende und menschenfreundliche Angebot der Sozialpsychiatrischen Dienste.

Neue Wege der Krisenhilfe müssen gefördert und ausgebaut werden. Erste positive Erfahrungen in Nürnberg zeigen, dass bei psychischen Krisen wie Phobien, Suizidgedanken, Gewaltausbrüchen die rasche fachliche Unterstützung durch ein Krisenteam Zwangsmaßnahmen und polizeiliche Eingriffe in vielen Fällen überflüssig machen. Der steigenden Zahl von Patienten in der Forensik muss durch ein adäquates Therapie- und Raumangebot Rechnung getragen werden. Zur Entlastung der Häuser und zur Verbesserung der Möglichkeiten der Rehabilitation wollen wir – insbesondere im Bereich der Nachsorge - teilstationäre Angebote, forensische Ambulanzen und betreute Wohngemeinschaften schaffen. Und: forensische Patienten gehören nicht in die Allgemeinpsychiatrie!

Neue Wege in der Psychiatrie sind zu gehen. Immer mehr Menschen der Deutschen wünschen sich alternative Heilmethoden als sinnvolle Ergänzung zu herkömmlicher medizinischer Behandlung. GRÜNE setzen sich dafür ein, dass auch solche Angebote im Bezirk Mittelfranken für psychisch kranke Menschen, insbesondere für Kinder, angeboten werden.

Gerade in Zeiten, in denen das solidarische Gesundheitssystem im Mittelpunkt der politischen und gesellschaftlichen Diskussion steht, gewinnt die Forderung nach einem an den Patientinnen und Patienten orientierten Gesundheitswesen immer mehr an Bedeutung.

Die Sicherstellung des erreichten Status und die qualitative Verbesserung der Versorgungs- und Betreuungsangebote ist ein Aufgabenschwerpunkt auch zukünftiger grüner Bezirkstagspolitik.

## Drogenpolitik

Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht. Wir wollen den verantwortungsvollen Umgang mit Genuss- und Rauschmitteln. Dort, wo dies Menschen nicht gelingt, wollen wir Angebote, die den einzelnen, mit ihrer jeweiligen spezifischen Problematik gerecht werden, d.h. neben Prävention und Therapie auch Überlebenshilfen für diejenigen, die (noch) nicht abstinenter leben können.

Das größte Drogenproblem unserer Gesellschaft ist der Alkoholmissbrauch. Deshalb setzen sich Bündnis 90/Die Grünen auch für den Erhalt der familienbezogenen Suchtberatung in der Stadt Nürnberg ein. Der Ausstieg des Jugendamtes aus der Trägerschaft dieser Beratungsstelle darf nicht zu einer stillschweigenden Streichung dieses Angebots führen. Ein weiteres, in der Öffentlichkeit wenig beachtetes, aber trotzdem sehr ernstes Drogenproblem ist die Medi-

kamentenabhängigkeit. Insbesondere Frauen leiden häufig darunter, aber auch alte Menschen. Zunehmend werden auch Kindern und Jugendlichen Psychopharmaka verschrieben. Nicht immer gibt es hierfür eine ausreichende medizinische Begründung. Bei vielen Kindern und Jugendlichen haben Auffälligkeiten ihre Ursache eben nicht in einer psychischen Erkrankung, sondern können auch umwelt-/umfeldbedingt sein. Da der Griff zur Medikamentenschachtel oftmals mit anderen Hilfen verhindert werden kann, muss der Weg dazu offen stehen. Aufklärung ist hier ein wichtiger Eckpfeiler verantwortungsvoller Gesundheitspolitik.

Auf die Legalität oder Illegalität von Drogen hat der Bezirkstag keinen Einfluss – schon gar nicht, solange die CSU als Regierungspartei sich störrisch gegen jede Liberalisierung der Drogenpolitik sperrt. Die Therapie muss mit dem gesetzlichen Zustand zurechtkommen, auch wenn das Konzept »Therapie statt Strafe« unter den gegebenen Umständen in der Gefahr steht, zur »Therapie als Strafe« zu werden. Ein breites Angebot an medizinisch und psychosozial betreuten Substitutionsmöglichkeiten und niederschweligen Einrichtungen für Opiatabhängige ist ein gangbarer Weg, den wir unterstützen. Darüber hinaus ist es ein Gebot der Nächstenliebe, auch denjenigen Drogenabhängigen, die für Therapieangebote nicht erreichbar sind, wenigstens Überlebenshilfe anzubieten.

## **Geriatrische und gerontopsychiatrische Versorgung alter Mitmenschen**

Die Versorgung ist in Mittelfranken weiter voranzutreiben, wobei es besonders auf die Kooperation der vorhandenen Einrichtungen für die ausreichende Bedarfsdeckung geht. Wie so oft im sozialen Bereich stehen hier guten Ideen und Ansätzen vielfach unsinnige Gesetze auf Bundesebene entgegen. Der Vorrang von ambulanter vor stationärer Behandlung ist inzwischen gesetzlich vorgeschrieben, aber noch lange nicht umgesetzt. So herrscht leider nach wie vor der bedauerliche Zustand, dass wohnortnahe Tagespflegeeinrichtungen nicht kostendeckend betrieben werden können. Alle Abstufungen zwischen betreutem Wohnen und Pflegeheim müssen angeboten werden.

## **Ökologische Landwirtschaft, gesunde Ernährung, Natur- und Umweltschutz und Gewässerpflege**

Bündnis 90/Die Grünen sind die „Umweltpartei“, daran wird sich nichts ändern. Wir werden uns im Bezirk weiterhin für die Luft- und Gewässerreinigung sowie für die naturnahe Belassung bzw. (Wieder-) Gestaltung von Landschaft und Gewässern einsetzen.

In allen Einrichtungen des Bezirks ist konsequenter Natur- und Umweltschutz zu praktizieren, wie z.B. Müllvermeidung und Mülltrennung, Energiesparmaßnahmen, Nutzung regenerativer Energien, ökologisches Bauen und ökologischer Landbau.

Grüne fordern seit ihres Einzugs in den Bezirkstag von Mittelfranken die verstärkte Unterstützung des ökologischen Landbaus. Der

ökologische Landbau ist die nachhaltigste Form bäuerlicher Landwirtschaft, weil er ohne Chemie in geschlossenen Kreisläufen mit positiver Energiebilanz vollwertige, unbelastete Lebensmittel produziert. Bündnis 90/Die Grünen wollen den ökologischen Landbau und regionale Wirtschaftskreisläufe zum Leitbild der bäuerlichen Landwirtschaft in Mittelfranken machen. Grüner Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass Käfighühnerhaltung in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf bald der Vergangenheit angehören wird.

Grüne haben auch entscheidenden Anteil daran, dass es zwischen den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf und dem ökologisch geführten Demeter-Betrieb Müßighof bei Absberg am Brombachsee zumindest eine Zusammenarbeit gibt. Ziel bleibt aber weiterhin die schrittweise Umstellung der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf auf ökologischen Landbau.

Wir wollen, dass Öko- oder Vollwertkost zumindest ein Pflichtbestandteil der bezirkseigenen Kantinen und Krankenhausküchen werden. Seit der Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle wird jedoch auf dem Umweg über das »günstigste Angebot« der Einkauf biologisch weniger wertvoller Massenware sogar noch gefördert. Wir fordern, dass das Qualitätskriterium »aus biologisch kontrolliertem Anbau« eingeführt wird und regionale Produkte nach Möglichkeit bevorzugt werden. Bestrahlte und/oder Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Produkte enthalten, sind von den Bestelllisten auszuschließen. Die Ausbringung gentechnisch veränderten Saatguts auf bezirkseigenen Flächen ist nicht zu verantworten. Bündnis 90/Die Grünen lehnen dies grundsätzlich ab. Wir fordern zum Schutz des biologisch kontrollierten Anbaus, aber auch zum Schutz der konventionellen gentechnikfreien Landwirtschaft, Mittelfranken und Bayern als gentechnikfreie Anbauregion zu erhalten und auszuweisen.

Zur Abwehr von Zersiedelung und Beschädigung durch Landwirtschaft und Verkehrsplanung bleibt der Ankauf von schützenswerten Flächen derzeit effizientester Naturschutz. Die Ausweisung von Schutzgebieten bleibt häufig wirkungslos, denn die Schutzverordnungen sind von Ausnahmeregelungen durchlöchert. Im Fall von Interessenskonflikten, z. B. bei Bauvorhaben, werden Schutzgebiete immer wieder entsprechend zurück gestutzt (Flächenherausnahme), bis dann von der ursprünglichen Verordnung nichts mehr übrig bleibt. Daher ist die oberste Leitlinie von Bündnis 90/Die Grünen hier der integrierte Umwelt- und Naturschutz, der auf eine ökologisch verantwortbare Nutzung auch aller sonstigen wirtschaftlichen Flächen zielt.

Der Bezirk als Eigentümer des Gutes Eggenhof in der Gemarkung Uttenreuth östlich von Erlangen ist aufgefordert, der flächenfressenden Strassenplanung „Südumgehung Buckenhof – Uttenreuth“ entgegenzutreten und sich für den Schutz von Bannwald und der Wassergewinnungsanlage Erlangen einzusetzen.

Bei der Gewässerpflege ist der Schutz des Wassers vor dem Menschen eine ebenso wichtige Aufgabe wie der Schutz des Menschen vor dem Wasser. Rückhalteflächen für Hochwasser am Ort

der Verursachung, am Oberlauf eines Flusses, verhindern nicht nur Überschwemmungen. Nebeneffekt der Rückhaltung sind naturnahe Flußauen und ökologisch wertvolle Feuchtwiesen.

Überschwemmung und Erdbeben nehmen zu. Angesichts zahlreicher Naturkatastrophen der Vergangenheit gehören verschiedene Maßnahmen in ein gesamtökologisches Konzept:

- Renaturierung der Bach- und Flussläufe
- Bepflanzung und „Entsiegelung“ oftmals völlig verbauter Uferbereiche
- Ausweisung von Rückhalteflächen zur Vermeidung großer Überschwemmungsschäden in Siedlungsräumen
- Ankauf schutzwürdiger Flächen

Letztlich dient ein aktiver Naturschutz dem Erhalt der traditionsreichen mittelfränkischen Kulturlandschaft.

## Kultur

Der Begriff Kultur ist ein weitreichender Begriff. Einerseits kann Kultur die Urbarmachung und Pflege des Bodens bedeuten, andererseits beinhaltet die Kultur im weiteren Sinne die Gesamtheit der Werke, Leistungen und Lebensformen eines Volkes, Sitte und Brauchtum, Sprache, Kleidung sowie Kunst und anderes.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die bezirkseigenen kulturellen Einrichtungen, wie beispielsweise das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim mit seinen historischen Gebäuden und seinem vielfältigen Veranstaltungsangebot. Um die baugeschichtliche Identität Frankens aber zu bewahren, müssen historische Gebäude im Ort selbst erhalten werden.

Die bezirkseigene Mittelfrankenstiftung Natur-Kultur-Struktur nimmt eine wichtige Rolle ein und kann mit der jährlichen Ausschüttung von etwa 4 Millionen Euro an Institutionen und Organisationen, Theater, Vereine und Einzelne eine Vielzahl von Projekten in Mittelfranken fördern. Darunter fällt auch der „Fränkische Sommer“, der in bestem Sinne einen Bezug zwischen Musik, Architektur und Landschaft herstellt.

Wir Grüne bekennen uns ausdrücklich zur Unterstützung des „Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände“, wo Gedenk- und Erinnerungsarbeit an einem Täterplatz möglich sind. Wir würdigen das pädagogische Konzept dieser Einrichtung, das insbesondere jungen Menschen Zugang zu den Geschehnissen während der Nazidiktatur gewährt.

## Jugendpolitik

Die vorbildliche Kooperation mit dem Medienzentrum Parabol ermöglicht jungen Menschen eine kritische Auseinandersetzung mit modernen Kunst- und Kulturtechniken. Der Bezirk fördert ferner die verbandliche Jugendarbeit und den internationalen Austausch, insbesondere mit den Partnerregionen Limousin und Pommern. Der Bezirksjugendring leistet hier eine wichtige jugendpolitische Arbeit. Leider haben es die Mehrheitsverhältnisse bisher verhindert, dass z.B. die Jugendtheater-Sparte des Gostner Hoftheaters in Nürnberg gefördert werden konnte. Wir werden uns weiterhin für die Unterstützung von Angeboten für Jugendliche und Kinder stark machen.

## Bei uns machen Frauen Politik

Bündnis 90/Die Grünen wollen auf allen politischen Ebenen Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen ihre verschiedenen Lebensentwürfe – mit oder ohne Mann, mit oder ohne Kind, mit oder ohne Familie – realisieren können.

Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist leider noch immer nicht selbstverständlich. Deshalb setzen wir uns ein für:

- Quotierung bei allen Stellenbesetzungen in allen Bereichen und allen Positionen. Dies ist namentlich im Pflegebereich wünschenswert und notwendig. Wir gestehen den Männern ausdrücklich zu, in diesem Bereich eine größere Rolle zu spielen.
- Angemessene Bezahlung sozialer Kompetenz (v.a. im Pflegebereich).
- Förderung feministischer Therapieeinrichtungen

Unsere Forderungen stehen nicht nur auf dem Papier, sondern schlagen sich in der konkreten Politik nieder: unsere Bezirkstagsliste ist quotiert, d.h. 13 von 25 Listenplätzen sind mit Frauen besetzt.

## Wir zeigen`s der schwarzen Macht

Um unsere Politik zukünftig noch besser durchsetzen zu können, streben wir mindestens drei Mandate im zukünftigen mittelfränkischen Bezirkstag an. Mit einer starken grünen Bezirkstagsfraktion werden wir wachsam, mutig und kompetent unsere sozial ausgewogene, verantwortungsvolle, nachhaltige und ökologische grüne Politik in Mittelfranken fortsetzen. Deshalb: Beide Stimmen für GRÜN!

Unsere Bezirkstagsliste mit den Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie im Internet unter

[www.gruene-mittelfranken.de](http://www.gruene-mittelfranken.de)